3. Mai 1969

Trotz gegenteiliger Prognosen hat sich am 1. Mai gezeigt, daß es in Hamburg noch eine Außerparlamentarische Opposition gibt. Entscheidenden Anteil an diesem Erfolg hatte das sozialistische Lehrlingszentrum, das die Kundgebung vor dem Auditorium Maximum und den anschließenden Demonstrationszug zum Rathaus im wesentlichen vorbereitet hatte.

Am Mittwoch, dem 7. Mai, 19.30 Uhr, findet im Auditorium Maximum eine Diskussion zwischen Vertretern der Studentengruppen und Arbeitern statt. Es ist zu erwarten, daß die Ereignisse des 1. Mai zur Sprache kommen und damit in der Diskussion eine Fortsetzung finden werden. Hier läge eine Möglichkeit, eine erneute Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Studenten zu beginnen, die bereits während der Osterereignisse des letzten Jahres in Ansätzen vorhanden war.

Erfahrungsgemäß ist es nach einer Großveranstaltung für viele notwendig und interessant, in einer oder mehreren kleinen Gruppen ihre Erfahrungen und Gedanken zu diskutieren. Darum wird nach Ende im Audimax im Republikanischen Club weiterdiskutiert.

Am Mittwoch, dem 14. 5., 20.00 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs statt. Der Arbeitskreis Organisation (AKO) schlägt folgende Tagungsordnungspunkte vor:

- 1) Wahl der Kassenprüfer
- 2) Darstellung der derzeitigen finanziellen Lage des RC
- 3) Strukturprobleme des RC

Zu 2)
Die finanzielle Lage des Republikanischen Clubs hat sich in den
letzten Wochen se zugespitzt, daß das Weiterbestehen in Frage gestellt ist. Es müssen auf dieser Mitgliederversammlung unbedingt
Mittel und Wege gefunden werden, um den Club finanziell zu retten.

Die Tatsache, daß an manchen Tagen die Räume für die Arbeitskreise und sonstige politischen Gruppen nicht ausreichen, beweist, daß der Republikanische Club zumindest eine wichtige Funktion erfüllt. Das allein reicht aber nicht aus, um die Existenz des RCH als einen politischen Club zu rechtfertigen. Entscheidend sind die Arbeit der Arbeitskreise und die Diskussionen am Mittwochabend. Gerade diese Diskussionen zeigten die Diskrepanz zwischen dem Anspruch, antiautoritär zu sein und der Praxis, miteinander zu sprechen. Wenn im Grunde jeder auf seiner Meinung besteht und nicht bereit ist, den anderen auch nur anzuhören und seine Intentionen zu verstehen, kann es zu keiner politischen Willensbildung kommen, die Voraussetzung für eine gemeinsame Strategie ist.

Es wird von Ihnen, Ihren Vorschlägen und Aktivitäten abhängen, ob diese Mitgliederversammlung die letzte ist.

Verantwortlich: Gruttke/Riwalsky (AKO)